

ENTSCHLIESSUNG ZU HONDURAS

Der zu seiner 5. Sitzung vom 6. – 8. Oktober 2009 in Berlin versammelte Vorstand des IGB:

- MISSBILLIGT** den Militärputsch in Honduras vom 28. Juni 2009, der zu der Inhaftierung und Vertreibung des legitimen Präsidenten José Manuel Zelaya Rosales und zu einer Reihe diktatorischer Maßnahmen seitens der Putschisten geführt hat, die gegen in der honduranischen Verfassung und im Völkerrecht verankerte demokratische Grundrechte verstoßen;
- VERURTEILT** die Ermordung unschuldiger honduranischer Bürgerinnen und Bürger und von 12 führenden Gewerkschaftsvertretern sowie aktiven Mitgliedern durch das illegitime De-facto-Regime sowie dessen andauernden Rückgriff auf Folter, Gewalt, Inhaftierungen, die Verweigerung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, den Verstoß gegen internationale diplomatische Vereinbarungen durch die Belagerung der brasilianischen Botschaft sowie die Vielzahl anderer Maßnahmen, die darauf abzielen, legitime abweichende Meinungen zu unterdrücken und eine Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verhindern;
- VERLANGT**, dass das Regime unverzüglich und bedingungslos sämtliche illegalerweise eingenommenen politischen und administrativen Positionen aufgibt, um die Rückkehr von Staatspräsident Zelaya zu ermöglichen, dass es die Sicherheit und die körperliche Unversehrtheit von Präsident Zelaya und allen honduranischen Bürgerinnen und Bürgern garantiert und dass es sofort alle von ihm ergriffenen repressiven Maßnahmen beendet;
- VERSICHERT** den IGB-Mitgliedsorganisationen CUTH, CTH und CGT, die den Putsch sofort verurteilt haben und die nach wie vor in vorderster Front des Bündnisses demokratischer Kräfte aus unterschiedlichen Bereichen und der sozialen Bewegung stehen, die fortgesetzte und uneingeschränkte Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsbewegung bei ihrem Widerstand gegen das illegitime Regime und bei ihrer Kampagne für die Rückkehr zur Demokratie;
- FORDERT** die Regierungen in der Region und weltweit, die internationalen Institutionen einschließlich der Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten, der Europäischen Union und anderer, die wirksamen Druck ausüben können, AUF, entschieden gegen die Verletzung demokratischer Grundrechte in Honduras einzutreten, um die Autorität der legitimen Regierung von Präsident Zelaya uneingeschränkt wiederherzustellen;
- FORDERT** die honduranischen Arbeitgeber AUF, die Kernarbeitsnormen der IAO und vor allem Übereinkommen 87 über Vereinigungsfreiheit und den

Schutz des Vereinigungsrechtes sowie Übereinkommen 98 über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen zu achten;

VERLANGT, dass sowohl die geistigen Urheber des Putsches als auch die tatsächlichen Putschisten für die Verbrechen in Verbindung mit dem Putsch selbst und danach vor Gericht gestellt werden;

UNTERSTÜTZT die honduranische Demokratiebewegung in ihrer Forderung nach der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, um die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes zu lösen;

BESCHLIESST - die solidarischen Aktionen der internationalen Gewerkschaftsbewegung zugunsten der honduranischen Gewerkschaftsbewegung und Menschen zu intensivieren, auch durch materielle Unterstützung;

- in Rücksprache mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen internationale Maßnahmen zu fördern, um die internationale Unterstützung von Bemühungen um die Beendigung der Krise in Honduras auszuweiten;

- die Entwicklungen in dem Land weiterhin aufmerksam zu verfolgen und die honduranische Gewerkschaftsbewegung bei ihren Bemühungen um eine Lösung für die Krise auf der Grundlage von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und den Rechten der honduranischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen;

- bereit zu sein, wenn erforderlich und angebracht, eine Delegation in das Land zu entsenden, um den Menschen und den Beschäftigten, die sich dem Militärputsch so mutig widersetzt haben, Solidarität zu bekunden und die Menschen- und Gewerkschaftsrechtslage aus erster Hand zu untersuchen;

FORDERT - von der Europäischen Union, die Handelspräferenzen des Typs GSP+ für Honduras als weiteres Druckmittel auszusetzen, um eine unverzügliche und uneingeschränkte Rückkehr zur Demokratie in dem Land durchzusetzen;

- von der internationalen Gemeinschaft, keine finanzielle Hilfe zu gewähren oder Beobachter zu den Wahlen am 29. November zu entsenden und das Wahlergebnis nicht anzuerkennen;

- jegliche finanzielle Zusammenarbeit mit der De-facto-Regierung unverzüglich einzustellen;

HOPFT, dass die Gespräche unter der Leitung der Organisation Amerikanischer Staaten, zu denen sich Präsident Manuel Zelaya und die De-facto-Regierung in der nächsten Woche bereit erklärt haben, eine Lösung für die Krise bringen. Damit dieser Dialog Erfolg haben kann, müssen alle Zwangsmaßnahmen Michelettis – der derzeitige Belagerungszustand, der Erlass zur Beschränkung der Freizügigkeit, der Versammlungs- und der Pressefreiheit und die Schließung zweier gegenüber Zelaya loyaler Mediensender, Radio Globo und Channel 36 – beendet werden.